

# Biesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Beobachtungszeitung: Tageblatt Riesa.  
Ausgabe Nr. 20.

Postleitzahl: Leipzig 2100.  
Grafschaft Riesa Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Jg. 73.

Montag, 29. März 1920, abends.

23. Jahrg.

Das kleinste Tagesschein kostet jeden Tag ebenso 10 Pf. ohne Ausgaben der Sonder- und Heftlage. Bezugspreis, gegen Vorabziehung, monatlich 3.— Mark ohne Zusatzgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 8.10 Mark ohne Postgebühr. Angebote für die Nummer des Ausgaben sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Heftlade für das Geschehen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Gründungs-Zeile (7 Silben) 80 Pf. Ortspreis 70 Pf.; vertraulicher und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsbüro 30 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag versüßt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber im Notkasten steht. Sichtungs- und Erfüllungsort: Riesa. Verschärfende Unterhaltungsklage: "Gräber an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Riesa oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Versandseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verkauf: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weichstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Kleinverkaufspreise für Molkereierzeugnisse.

Die Kleinverkaufspreise für Voll- und Magermilch werden von jetzt ab bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

### A. Vollmilch.

	Für die Städte Riesa, Gröba, Böhlen, Gem. Großdöben mit Rott. Weida	Für die übrigen Ortschaften des Bezirks
a) Bei Abgabe durch den Erzeuger an den Verbraucher gegen Marken ab Stall	116 Pf.	112 Pf.
b) Beim Verkauf gegen Marken im Laden oder ab Wagen (Ladenpreis)	150 Pf.	138 Pf.
c) Bei Abgabe durch den Erzeuger an den Verbraucher gegen Marken ab Stall	48 Pf.	46 Pf.
d) Beim Verkauf gegen Marken im Laden oder ab Wagen (Ladenpreis)	72 Pf.	60 Pf.

je Liter.

Bei Zubringung frei Haus durch den Erzeuger (Abnehmer) darf ein Aufschlag von 8 Pf. für das Liter erhoben werden.

Für Bruchteile eines Liters dürfen die Preise nach oben auf den nächsten vollen Pfennig augerundet werden.

Diese Bekanntmachung tritt anstelle der Bekanntmachung über Kleinverkaufspreise für Molkereierzeugnisse vom 1. März 1920, soweit daselbst Voll- und Magermilch geregelt worden ist.

Schätzungsorgane und den etwa in der Wirtschaft bewirtschafteten Personen (Auszubildende, Schuhmacher, Tagelöhner) steht täglich 1/2 Liter Vollmilch zu.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden gemäß § 35 der Verordnung vom 20. Juli 1916 (R. G. Bl. S. 755 ff.) und § 16 der Verordnung vom 3. November 1917 (R. G. Bl. S. 1005 ff.) bestraft.

Großenhain, am 27. März 1920.

330 d IV.

Ter Komunalverband.

## Rückzug zur Bienenfütterung.

Das Reichswirtschaftsministerium hat in diesem Jahre infolge Rückgangs der Zuckererzeugung für Bienenfütterungsweste nur 1/2 Kilo für das Volk berechnet nach der im Vorjahr angemeldeten Zahl der Böller, zur Verfügung stehen können. Eine Neuauflistung der Bienenwölker und Befestigung hierüber erübrigte sich sonach.

Die Rückerstellungen werden ebenso wie die Zuckerverteilungen auch in diesem Jahre wieder durch die Bienenfüttervereine und den binnengewirtschaftlichen Hauptverein in Bautzen bei Elster vermittelt werden, und zwar nicht nur für die Mitglieder der Bienenzüchtervereine, sondern auch für diejenigen Amateure, die keinem Vereine angehören. Sie haben sich wie im Vorjahr wegen Befestigung und Empfangnahme des Zuckers an den für ihren Ort zuständigen Bienenzüchterverein zu wenden.

Großenhain, am 27. März 1920.

492 b III.

Ter Komunalverband.

## Das neue Reichskabinett.

Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Nachdem das Kabinett Bauer zurückgetreten war, hat der Reichspräsident den Minister des Auswärtigen mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut. Diese Kabinettbildung hat so folgendes Ergebnis geführt: Reichskanzler Müller, der einzige ehemalige Minister des Auswärtigen verbleibt und mit seiner Vertretung im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes im Beihilfungsden des Unterstaatssekretärs Geländen v. Hansem beauftragt hat, Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsminister des Innern: Koch, Reichsminister der Finanzen: Birk, Reichswohminister: Gehler, Reichsminister für Justiz: Blaas, Reichswirtschaftsminister: Schmidt, Reichsarbeitsminister: Schröder, Reichspostminister: Giesberts, Reichschausminister: Bauer, Reichsverkehrsminister: Bell, Reichsernährungsminister: Hermes, Reichsminister ohne Portefeuille: David. Das Reichsministerium für Wiederaufbau wird in den nächsten Tagen bestellt werden. Das neue Kabinett wird sich am heutigen Montag der Nationalversammlung vorstellen. Der Reichskanzler wird programmatische Ausführungen machen und sich über die Ereignisse der letzten 14 Tage aussprechen.

Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Dr. Cuno, hatte den Reichspräsidenten Ebert telexgraphisch erfuhr, von seiner Berufung in das neue Kabinett endgültig Abstand zu nehmen.

## Das neue preußische Staatsministerium.

Die Verhandlungen der Mehrheitsparteien haben das Ergebnis gebracht, daß das Preußische Staatsministerium wie folgt zusammengeht: Präsident: Ministerpräsident und Landwirtschaft: Braun, Inneres: Sauer, Unterricht: Baer, Finanzen: Lüdemann, Deffensile: Arbeiten: Doer, Handel: Böckeler, Volkswohlfahrt: Siegerwald, Justiz: Dr. Am. Jahnhoff.

## Ein Ultimatum an die Note Armee.

Die Reichsregierung hat an die Aufständischen im rheinisch-westfälischen Revoltenbezirk folgende Forderungen gestellt:

Die Regierung hat durch die Bielefelder Verhandlungen versucht, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Der Verlust ist gescheitert. Die Note Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angreife auf Bielefeld sind mit großer Härte fortgesetzt worden. Die Gefangenen wurden nicht freigegeben. Die Abgabe der Waffen wurde nicht durchgeführt. Die Verbündeten haben sich im Gegenteil noch verschlechtert. Zahlreiche Notizen aus allen Kreisen der Bevölkerung berichten über Verbrechen u. Gewalttaten, die von den roten Truppen begangen werden. Das erwünscht die Regierung zum energischen Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesen Gebieten herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürstaten zu schützen. Um aber allen Verführern nochmals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzufallen, will die Regierung noch eine leichte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einsetzt. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags, eine ausreichende Sicherheit für den militärischen Bereich.

haber des Wehrkreises 4, Generalleutnant von Waller in Münster für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität.
2. Wiedereinführung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch die Kapp-Lüttwitz-Negierung belastet sind.
3. Sofortige Auflösung der Noten-Armee.
4. Völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung einschließlich Einwohnerverbänden unter Aussicht der rechtmäßigen staatlichen Organe.
5. Sofortige Freigabe der Gefangenen.

Hälfte dieser Bedingungen angenommen werden, wird die Negierung von einem Eingriff abschneiden. Andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handels zur vollen Wiederherstellung gesetzlicher Handlungen.

## Beschlüsse des Centralrates.

In einer Sitzung in Essen abgehaltenen Konferenz des Centralrats der Sozialistischen Partei wurde beschlossen, Verhandlungen mit der Reichsregierung nur auf der Grundlage der augenblicklichen Gesichtslage zu führen. Die Arbeiterschaft werde die Waffen unter keinen Umständen aus der Hand geben und keine Hoffnung von den bisherigen Erfolgen verlassen. Weitere militärische Operationen gegen die Reichswehrtruppen an der Kampffront würden allerdings als heller Wahnsinn bezeichnet. Die Kampffront sollte gehalten werden, bis die Verhandlungen mit der Reichsregierung zum Erfolg geführt haben. Die revolutionäre Arbeiterschaft könne es nicht verantworten, wenn sich die roten Kämpfer länger an der Front verbünden würden, während die Reichswehrtruppen vorstoßen und ins Industriegebiet eindringen, so werde das mit dem Generalrat in ganz Deutschland beantragt werden.

Der überste Leiter der Noten-Armee drückte die Erwartung aus, daß es gelingen werde, der Republik- und Munitionschwierigkeiten Herr zu werden. Es wurde schließlich eine Entschließung angenommen, in der als Mindestforderungen aufgestellt werden: Entmilitarisierung und Auflösung aller Truppen, Bildung von Arbeiterschwestern und Verwahrung sämtlicher Waffen unter ständiger Kontrolle der Arbeiterschaft.

Erfolge der Reichswehr bei Bielefeld. Der Befehlshaber des Wehrkreises 8, Freiherr von Waller, bat sich am Sonnabend persönlich in Bielefeld von dem Zustand der dort bisher in schwerem Kampf stehenden Truppen überzeugt. Die Division Radisch batte gestern das Lager Friedrichsfelde gefärbt. Auf der Gegenseite sind große Verluste zu verzeichnen. Erdeute wurde eine schwere Feldkanone, eine Feldkanone, eine Revolverkanone, mehrere leichte Minenwerfer, zahlreiche Maschinengewehre, große Minenlager und ein Laufstahlwagen. Das Einschreiten der Truppen südlich Bielefeld wurde notwendig, um die Büdiner zu schützen. Um der Büdiner vor einer weiteren Beschiebung durch die bolschewistische Artillerie zu schützen. Die gegnerische Artillerie wurde zum Teil genommen und mit ihren Mieten so weit zurückgedrängt, daß eine Beschleunigung nicht mehr zu befürchten ist.

## Die Kundgebung der „Zentralstelle für Einigung“.

Die „Zentralstelle für Einigung“ hatte zu gestern vormitteg 10 Uhr nach dem Circus Bulle in Berlin eine Massenversammlung einberufen mit der Tagesordnung: Einigung gegen die Reaktion. Bereits um 9 Uhr war das Circusgebäude darüber überfüllt, daß die Eingangstüren geschlossen wurden und tausende von Personen umschrien muhten, ohne Eintritt gefunden zu haben. Es sprachen u. a. Eduard Bernstein und Karl Rauten. Gleichzeitig fand eine Parallelversammlung in „Haberland“ statt. Zur selben Zeit hatten die Unabhängigen in Groß-Berlin über 30 Versammlungen einberufen, die sich ebenfalls einen starken Zuspruch erfreuten und das Thema „Die sozialistische Arbeitersregierung“ behandelten.

## Deutsche und Sächsische.

Riesa, den 29. März 1920.

\* Fahrraddiebstahl. Am 29. d. Mts., vormitteg gegen 11 Uhr ist in dem Hause des kleinen Rathauses ein Fahrrad Marie „Bredo“, schwarzer Rahmen und Felgen, graue Gummibereifung, Ersatzketten, Lenkstange mit automatisches gesogenen Stiften und Torpedo-Schlüssel gestohlen worden. In Frage kommt verdächtigweise eine Person infeldgrauer Uniform mit Spazierstock. An Stelle des Fahrrades ist die er Stock zurückgelassen worden. Einige Wahrnehmungen, die zur Ermittlung des Täters führen können, sollte man der liegenden Polizei mitteilen.

\* Der Verein für Handel und Gewerbe r. für den Amtsgerichtsbezirk Riesa berichtet am Freitag in Höhner's Hotel eine Besetzung zu Reichs- und Gewerbebericht ist, um die Einführung der Zentralstelle für Einigung gegen die Reaktion. Bereits um 9 Uhr war das Eingangsportal geschlossen, während Hunderte von Personen umschrien, ohne Eintritt gefunden zu haben. Es sprachen u. a. Eduard Bernstein und Karl Rauten. Gleichzeitig fand eine Parallelversammlung in „Haberland“ statt. Zur selben Zeit hatten die Unabhängigen in Groß-Berlin über 30 Versammlungen einberufen, die sich ebenfalls einen starken Zuspruch erfreuten und das Thema „Die sozialistische Arbeitersregierung“ behandelten.

\* Dresden: Landgericht. Vor der zweiten Strafanklage hatten sich am Sonnabend drei Frauen, Anna B., Henriette Anna B. und Anna Martha B., sämtlich in Strebeck wohnhaft, zu verantworten. Die drei Frauen hatten im Herbst vergangenen Jahres während der Weiberstreik auf einem Rittergut in der Umgebung von Riesa Verhaftigung genommen und waren dabei auf den Gedanken gekommen, die einen Traktor voll Briebe mit nach Hause zu nehmen. Unterwegs waren die drei Frauen von dem Rittergutsbesitzer H. am Elbdamm befreit worden, wie sie mit ihren Traglasten den Überläufer zustrebten. Der Gärtnerei rief die drei Frauen an, sie sollten ihre Briebe wieder ausgliedern, sonst werde Anzeige erstattet. Ohne sich weiter um die drei Frauen zu kümmern, will der Gärtnerei dann seiner Wege gegangen sein. Am anderen Tage lag an einem Gelände auch ein Haufen Briebe, etwa 20 bis 30 Pfund, die dann den Beständen des Rittergutes angeliefert worden sind. Ein Förster, der die Frauen übergeleitet, hatte am folgenden Tage dem